

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 22

Artikel: Integrationsprobleme im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
Autor: Schmidt, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095590>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Integrationsprobleme im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

Von Ernst Schmidt

Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, im Westen auch COMECON genannt, wurde im Jahre 1949 als östliches Gegenstück zum Marshall-Plan geschaffen. Damals hatte Moskau den unter seine Herrschaft geratenen osteuropäischen Staaten verboten, sich am westlichen Hilfeleistungsprogramm zu beteiligen. Tatsächliche Hilfe wurde aber nie geleistet, weil der UdSSR zu jener Zeit die Mittel dazu fehlten.

Diese neue Organisation war in Wirklichkeit nichts anderes als ein Werkzeug zur Umstellung der gesamten Wirtschaftspolitik der eben erst entstehenden osteuropäischen Volksdemokratien auf eine weitgehende Zusammenarbeit mit Moskau. Als Folge davon erhöhte sich der Anteil der sozialistischen Staaten am sowjetischen Warenumsatz von 57,7 Prozent im Jahre 1946 auf 83,3 Prozent im Jahre 1950.

Erst als Reaktion auf die Erfolge der Europäischen Gemeinschaften wurde der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) aus der mehrjährigen Vergessenheit hervorgeholt, um als eine Organisation für die östliche Integration eingesetzt zu werden. Um dem Plan einen grösseren Nachdruck zu verleihen, erhielt der Rat nach einem zehnjährigen Bestand auch ein Statut mit siebenzehn Artikeln (auf der Ratstagung in Sofia am 14. Dezember 1959).

Obwohl seit dieser Zeit vom RGW immer als einem Organ der östlichen Integration gesprochen wird, ist diese kein ausdrückliches Ziel des Statuts. Die Präambel nennt nur die «wirtschaftliche Zusammenarbeit» und Artikel I die «Koordinierung der Bemühungen» der Mitgliedstaaten zur Entwicklung ihrer Volkswirtschaft als das anzustrebende Ziel der Gemeinschaft. Wie der Sekretär des Zentralkomitees der ungarischen KP an der Politischen Akademie der Partei (am 22. Januar 1969) erklärte, bedeuten diese Ziele aber noch keineswegs eine Integration, da auf dieser Basis keine «regionale wirtschaftliche Gemeinschaft der Staaten» entstehen könne, die als einzig gültiges Merkmal einer überstaatlichen Integration zu betrachten sei.

Trotz allen Bemühungen der Mitgliedstaaten gingen in den letzten zehn Jahren aber sowohl die Integration als auch die Versuche zu wenigstens einfachen Formen der Zusammenarbeit, wie zum Beispiel Kooperation und Spezialisierung der Produktion, nur sehr schleppend voran. Die wichtigsten Gründe dafür können wie folgt zusammengefasst werden:

Mit der gewaltsamen Machtergreifung der Kommunistischen Partei setzte auf Grund der Wirtschaftstheorie des Marxismus-Leninismus in allen osteuropäischen Ländern eine *beschleunigte Industrialisierung* ein, die in zahlreichen Industriezweigen, vor allem im Maschinenbau, zu Doppelspurigkeiten und letzten Endes sogar zu Autarkiebestrebungen führte. Es ist bezeichnend, dass *alle* ehemaligen rohstoffarmen Agrarstaaten *sämtliche* Zweige ihrer Schwerindustrie vorrangig entwickelt und auch auf andern Gebieten die Erzeugung gleichartiger Produkte beschleunigt haben. Bei dieser Entwicklung spielten na-

türlich auch die schlechten Erfahrungen eine nicht unbedeutende Rolle, die die einzelnen Länder bei ihren Bezügen aus dem Intra-blockraum bezüglich Qualität, Sortiment und Lieferterminen gemacht hatten. Unter diesen Umständen war es kein Wunder, dass sogar der bekannte sowjetische Nationalökonom I. Belajev in der Moskauer Zeitschrift «International Affairs» (Nr. 12, 1968) mit einer gewissen Resignation zugeben musste, dass im Jahre 1966 die Spezialisierung des Maschinenbaus im RGW-Raum kaum 6 bis 7 Prozent, in den westeuropäischen Wirtschaftsorganisationen dagegen bereits 15 bis 70 Prozent erreicht habe.

Diese Tendenz zur Doppelspurigkeit scheint auch heute noch nicht überwunden zu sein, denn mit Ausnahme von Ungarn wollen zum Beispiel alle kleineren sozialistischen Staaten Osteuropas eigene Autoindustrien aufbauen, deren geringe Produktionsziffer (unter 100 000 Stück) und hohe Investitionskosten sich negativ auf die Rentabilität der Erzeugung auswirken müssen. Das gleiche kann auch bezüglich vieler anderer Produkte, wie Radio- und Fernsehapparate, Textilien, Chemikalien usw., gesagt werden, deren Absatz sogar im Intra-blockhandel auf zunehmende Schwierigkeiten stösst. Nur bei relativ wenigen Produkten, wie Kugellager, gewisse Walzbleche, Maschinenteile, Medikamente und einigen Chemikalien, konnten auf dem Gebiet der Spezialisierung gute Erfolge erzielt werden.

Ein weiteres Hindernis für eine Integration stellt sodann der *Mangel an Multilateralität* dar, mit anderen Worten der noch immer vorwiegend bilaterale Charakter der gegenseitigen Beziehungen. Dies kommt vor allem in der zweiseitigen Form der Aussenhandelsverträge zum Ausdruck, die man trotz aller Bemühungen und optimistischen Erklärungen noch auf keine multilaterale Basis umstellen konnte. An dieser Tatsache hat auch die Gründung der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (1963 in Moskau) und die gleichzeitige Schaffung einer gemeinsamen Verrechnungseinheit, des sogenannten transferierbaren Rubels, nicht viel ändern können. Schon kurz nach der Gründung der Bank kritisierten die polnischen und tschechoslowakischen Finanzexperten die Zielsetzungen der Internationalen Bank. Die Tschechoslowaken wollten an die Internationale Bank keinerlei Kompetenzen ihrer nationalen Staatsbank abtreten; die Polen vertraten den Standpunkt, es wäre wenig sinnvoll, eine Internationale Bank zu errichten, die lediglich als multilaterales Clearing-Institut arbeiten könne. Ein konkreter polnischer Vorschlag bezog sich darauf, den sogenannten Transferrubel frei in Gold und Devisen konvertierbar zu machen. Diesem Vorschlag widersetzten sich indessen die sowjetischen Vertreter, weil sie fürchteten, dadurch jede Kontrolle des Aussenhandels, insbesondere des Westhandels ihrer Verbündeten, zu verlieren.

An dieser Einstellung der Mitgliedländer gegenüber der Internationalen Bank und dem Transferrubel hat sich bis heute nicht viel geändert.

Anfang Januar dieses Jahres fand in Warschau ein Symposium der Polnischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft statt, an dem alle Mitglieder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe teilgenommen haben. Wie aus einer Erklärung des Präsidenten der Gesellschaft, des stellvertretenden Vorsitzenden des polnischen Planungsamtes, J. Pajestka, zu entnehmen ist, waren die Anwesenden mit dem gegenwärtigen Stand der Zusammenarbeit im RGW, der Spezialisierung der Produktion, der gemeinsamen Forschungstätigkeit und den bisherigen Massnahmen bezüglich der Verbesserung der inneren Marktversorgung keineswegs zufrieden. Die polnischen Ökonomen — sagte Pajestka — verlangten die Schaffung einer vollwertigen sozialistischen Währung, die nur für internationale Zahlungen und Verrechnungen dienen sollte. Ihren Vorschlag begründeten sie damit, dass sowohl der gegenwärtige Transferrubel als auch die bisherige Tätigkeit der Internationalen Bank den Erwartungen *nicht* entsprochen haben.

Erschwert wird das Entstehen einer wirksamen Zusammenarbeit auch durch die unregelmäßige Preisgestaltung, die sich in allen beteiligten Ländern getrennt, in völliger Unabhängigkeit von den übrigen Partnern, entwickelt hat. Um die Integration erfolgreich durchführen zu können, müsste also vorerst auch ein einheitliches Preissystem geschaffen werden, das die verschiedenen Produktionskosten zuverlässig widerspiegelt. Nicht nur in der freien westlichen, sondern auch in der sich jetzt entfaltenden gelenkten Marktwirtschaft der sozialistischen Staaten können zwischen den in- und ausländischen Kosten nur die **Preise als Bindeglied dienen. Im gegenwärtigen** Preissystem des RGW, das noch für den Bedarf einer total zentralistischen Planwirtschaft geschaffen wurde, sind die internen Kosten und Preisbeziehungen von den auswärtigen Kosten völlig getrennt. Dazu kommt noch das im Westhandel angewandte schwerfällige System der Devisenmultiplikatoren, worunter eine ganze Skala von Devisenkursen zu verstehen ist, die bei der Verrechnung der Export- und Importpreise angewendet werden.

Bei einer derart verworrenen und undurchsichtigen Preispolitik kann sich aber keine effektive Zusammenarbeit entwickeln, denn die Produzenten sind nicht in der Lage festzustellen, inwiefern eine Zusammenarbeit sich für sie lohnend oder nachteilig auswirken könnte. Diese Tatsache wurde übrigens auch von den verschiedensten Finanzexperten dieser Länder wiederholt bestätigt.

Eine weitere ungelöste Frage ist schliesslich die *Vereinheitlichung der Planung*, obwohl in dieser Beziehung schon gewisse Fortschritte erzielt wurden. Am wichtigsten ist die Koordinierung der Investitionen, denn jede Spezialisierung der Produktion kann nur dann wirksam durchgeführt werden, wenn inzwischen keine Produktionsstätten entstehen, die mit den Zielsetzungen der Spezialisierung in Widerspruch stehen. Die Sowjetunion versuchte diese Frage durch die Errichtung einer supranationalen Planungsstelle zu lösen, was nicht nur Rumänien, sondern, auf dem bereits erwähnten Warschauer Symposium, auch die übrigen RGW-Staaten abgelehnt haben.

In ähnlich ablehnendem Sinne nahm zum gleichen Problem auch das führende ungarische Parteiorgan «Népszabadság» (3.9.1969) Stellung und

(Fortsetzung auf Seite 3)

Die KPF auf dem Weg zurück

Am 21. August 1968 haben die Sowjets mit dem militärischen Einmarsch in die Tschechoslowakei bis in die Reihen der kommunistischen Parteien Westeuropas Verwirrung gestiftet. Die italienische KP distanzierte sich von dieser Invasion. In Oesterreich fand ZK-Mitglied Ernst Fischer harte Worte — und wurde eben jetzt aus der KPÖ ausgeschlossen. Und auch die KPF hielt mit Lob über die Intervention mehr zurück als mit Tadel. Diese Differenzen, bereits ziemlich ausgeglichen, kamen noch am internationalen Treffen der Kommunisten in Moskau, Mitte Juni, zum Ausdruck. Hatten die beiden früheren Treffen von 1957 und 1960 noch Einmütigkeit und Übereinstimmung plakatiert, so wurden jetzt kleinere Spaltungen sichtbar: Holland und Island waren nicht vertreten, aus Kuba und Schweden waren nur Beobachter anwesend. Die Delegierten aus Rumänien, Spanien, der Schweiz, dem Sudan und Marokko unterzeichneten das Hauptdokument unter Vorbehalten. Die Briten und Norweger wollten das Schriftstück den eigenen Zentral-

komitees unterbreiten, und die Delegierten der Dominikanischen Republik verweigerten gar ihre Unterschrift.

Immerhin war eine harte Auseinandersetzung um die sowjetische Invasion in der Tschechoslowakei vermieden worden. Zeitgerecht war ja dort bereits Dubcek abgesetzt worden. Und der Druck, um die widerspenstigen westeuropäischen KPFen auf Vordermann zu bringen, verstärkte sich zusehends. So auch in Frankreich.

Den ersten Jahrestag besagter Invasion übergibt das KPF-Organ «Humanité», als hätte sie nie gegen den brutalen Uebergriff protestiert, als hätte es ihn nie gegeben.

Georges Marchais, Nr. 2 der KPF, orientierte Ende September einen engeren, ausgesuchten Kreis von 1200 Genossen über das Moskauer Treffen in der Sicht des französischen Zentralkomitees. «Nicht die hier und da sich ergebenden Rückschläge, nicht die Schwierigkeiten, nicht die zwischen kommunistischen Parteien und sozial-

istischen Staaten auftretenden Unterschiede charakterisieren unsere Epoche, sondern vielmehr die neuen anti-imperialistischen Kräfte, über die vor allem die Arbeiterklasse verfügt.» Mit diesem Satz zog Marchais die Aufmerksamkeit vom Un erfreulichen auf das Angenehme. Allerdings konnte er den Schatten nicht vollends ausweichen. Der Kommunismus, sagte er, «steht nun vor Schwierigkeiten, deren Lösung in keinem Handbuch gefunden werden kann.» Aber diese Fehler seien nicht relevant; entscheidend sei doch die Tatsache, dass in den kommunistischen Ländern «der Mensch nicht mehr vom Menschen ausgebeutet und das Volk nicht mehr von einer kleinen Schicht erpresserischer Kapitalisten unterdrückt wird.» «Die französischen Arbeiter, zurzeit, da sie für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, eifern nur einem Beispiel nach: der Sowjetunion, wo die Arbeitswoche die kürzeste der Welt ist.»

Eine dürftige Argumentation. Die französische Arbeiterschaft würde sich wohl bedanken, mit sowjetischen Bedingungen beglückt zu werden. Und in dieser armseligen Begründung gehen sogar die KPF-Vorbehalte gegen die sowjetische Invasion in der CSSR unter. (ps)

(Fortsetzung von Seite 2)

betonte, die Koordinierung der Planung bedeute keineswegs die Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Lenkungsverfahren und Wirtschaftsmechanismen der einzelnen Mitgliedländer, da nur das Instrumentarium ihrer Wirtschaftspolitik in Einklang gebracht werden soll. Darunter sei vor allem die Vereinheitlichung der Devisenkurse und Exportpreise sowie die Gleichschaltung anderer Faktoren der Wirtschaftsplanung zu verstehen. Wie aus den angeführten Problemerkisen ersichtlich wird, stehen der wirtschaftlichen Integration der RGW-Staaten mehrere noch unge löste Fragen im Wege. Ursprünglich wollte Moskau die Integration zuerst nicht auf wirtschaftlicher, sondern auf politischer Ebene lösen, was dem Geist des Marxismus-Leninismus, mit seinem Vorrang der Politik gegenüber der Wirtschaft, auch viel mehr entspricht. In seiner Leipziger Rede vom 7. März 1959 erklärte der damalige Ministerpräsident Chruschtschew mit bemerkenswerter Offenheit, dass die Errichtung eines einheitlichen kommunistischen Weltwirtschaftssystems innerhalb der Grenzen des heutigen sowjetischen Machtbereiches zur «Verschmelzung der Völker in eine einzige kommunistische Familie» führen werde, weshalb auch die Staatsgrenzen absterben würden, weil «kein einziges souveränes sozialistisches Land sich in seine Grenzen wird einschließen können». Dieser Plan, der damals auch von führenden ungarischen Parteileuten unterstützt wurde, ist anscheinend infolge der chinesischen Kritiken am sowjetischen «Grossmacht-Chauvinismus» fallengelassen worden.

Einige Jahre später kam ein neuer sowjetischer Vorstoss dieser Art im Interesse einer verstärkten Integration. Es handelte sich dabei um einen Vorschlag der geographischen Abteilung der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, die die Errichtung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes an der unteren Donau befürwortete, das sich aus Teilen von Rumänien, Bulgarien und der UdSSR zusammensetzen sollte. Das grösste Gebiet hätten natürlich die Rumänen zur Verfügung stellen müssen. Auf die äusserst heftige und ab-

solut ablehnende Reaktion von Bukarest wurde auch dieser unglückliche Plan fallengelassen.

Die zukünftige Marschroute der Integration wurde im April d. J. auf der ausserordentlichen 23. Tagung des Rates festgelegt. Danach werden die Hauptformen der Zusammenarbeit in der Einführung von neuen Methoden bei der Koordinierung der lang- und kurzfristigen Pläne bestehen. Ferner wurde anerkannt, dass vor allem die langfristigen Perspektivpläne (10—15 Jahre) aufeinander abgestimmt werden müssen. Darüber hinaus soll für jene Produktionszweige, die für die wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedländer von besonderer Bedeutung sind, eine gemeinsame Planung eingeführt werden. Ebenso beabsichtigt man auch die Prinzipien für eine Koordinierung der Investitionen auszuarbeiten. Zur Verbesserung des bisher stagnierenden Kreditwesens ist die Gründung einer Internationalen Investbank beschlossen worden, über deren Statuten und Arbeitsprogramm bis jetzt noch nichts bekannt geworden ist.

Alle diese Pläne sind nicht neu, sie wurden bereits in zahlreichen Abhandlungen und Reden eingehend erörtert, ohne dass in der Praxis etwas Konkretes unternommen worden wäre. Ob in dieser Beziehung nun eine Wende eingetreten ist, das kann nur die tatsächliche Entwicklung der kommenden Monate entscheiden.

In Kürze

Die DDR-Gewerkschaften haben sich künftig vermehrt der soldatischen Erziehung der Bevölkerung zu widmen und insbesondere die vormilitärische Ausbildung der Jugend zu unterstützen. Die Gewerkschaftsleitungen sind angewiesen worden, ein «konkretes Programm» zur Wehrerziehung aufzustellen.

Zwischen 1970 und 1980 will die UdSSR die Einwohnerzahl Sibiriens auf 100 Millionen brin-

gen, das heisst verdoppeln. Man will dazu die Praxis, Soldaten während ihrer Dienstzeit zu einem längeren oder dauernden Aufenthalt in Sibirien zu verpflichten, allgemeiner und konsequenter anwenden. Erhöht werden sollen ferner die jetzt schon bestehenden finanziellen Vergünstigungen, so dass die effektiven Löhne nahezu doppelt so hoch sein würden wie im europäischen Teil der Union.

An der elektrotechnischen Fakultät in Sarajevo wurde ausser dem Dekan und zwei Prodekanen aus den Reihen des Lehrpersonals ein Student dieser Fakultät, Haris Tafro, zum dritten Prodekan gewählt, was in Jugoslawien ein einmaliger Fall ist. Er wird die gleichen Rechte wie die Prodekane aus den Reihen des Lehrpersonals haben und wird sich hauptsächlich mit Fragen der Studenten befassen, wie Unterkunft, Verpflegung, Lernerfolge, Stipendien usw.

Der Generalstaatsanwalt der CSSR, Jan Fejes, befasste sich Ende September anlässlich der gemeinsamen Sitzung des Rechtskomitees des tschechischen und slowakischen Nationalrates mit der Bekämpfung der Kriminalität, wobei er insbesondere auf die «Straftaten gegen die öffentliche Ordnung», d. h. auf die politischen Delikte einging. Gegen 123 538 Personen wurde 1968 ein Strafverfahren eingeleitet, davon gegen 62 699 Personen Anklage erhoben. Nach der Darstellung des Generalstaatsanwalts nahmen dieses Jahr die politischen Delikte sprunghaft zu. Dies kam besonders bei der Verhaftung wegen der Verbreitung von «illegalen Flugschriften», vor allem in der Zeit zwischen dem 18. und 31. August 1969, zum Ausdruck. In Böhmen und Mähren wurde deswegen gegen 4094 Personen, in der Slowakei gegen 433 Personen ein Verfahren eingeleitet. Fejes tadelte dann die Mitarbeiter der Sicherheitsorgane und der Staatsanwaltschaften, die die Teilnehmer von «feindlichen Demonstrationen» in Prag, Brünn und Ostrau angeblich nicht energisch genug verfolgt haben.